

Dreimal lehnte das Schweizer Stimmvolk die Volkswahl des Bundesrats ab

Politologe Milic zeigte auf, welche Erkenntnisse aus den Schweizer Abstimmungen zur Direktwahl der Regierung gezogen werden können.

Elias Quaderer

In zwei Wochen wird Liechtenstein über die Verfassungsinitiative der DpL entscheiden, ob die Regierung künftig direkt vom Volk gewählt werden soll. Grund genug für das Liechtenstein-Institut, sich des Themas Volkswahl der Regierung anzunehmen: Thomas Milic, Politologe am Institut, versuchte sich am Montagabend an einer Vorschau zur anstehenden Abstimmung – einer Vorschau, die auf einem Rückblick basiert. Denn Liechtensteins Nachbar hat bereits einiges an Erfahrungen mit Direktwahl-Initiativen gesammelt: Dreimal schon stimmte das Schweizer Stimmvolk darüber ab, ob der Bundesrat künftig direkt vom Volk bestimmt werden soll. Und alle drei Mal wurden die entsprechenden Vorstösse deutlich abgelehnt. Was waren die Hintergründe dieser Initiativen? Und inwiefern lassen sich Parallelen zwischen Liechtenstein und der Schweiz ziehen? Diesen Fragen ging Milic in seinem Referat nach.

Initiative gegen die Dominanz des Freisinns

Vorab hielt der Politologe fest, dass es sich bei der Volkswahl des Bundesrates um ein Evergreen der Schweizer Politik handle. Bereits als 1848 der mo-



Führte durch die drei Schweizer Direktwahlabstimmungen von 1900, 1942 und 2013: Politologe Thomas Milic. Bild: Nils Vollmar

derne Schweizer Bundesstaat gegründet wurde, kam die Idee auf, die Exekutive durch das Volk wählen zu lassen. Ein entsprechender Antrag scheiterte jedoch mit 9 Ja- zu 10 Neinstimmen. «Näher an ihr Ziel sollten die Befürworter der Volkswahl nie mehr kommen», erklärte Milic. Der erste Versuch, über

eine Initiative die Direktwahl des Bundesrates einzuführen, wurde vor über 120 Jahren unternommen: Die Sozialdemokraten und die Katholisch-Konservativen (später CVP, heute Mitte) lancierten die Initiative. Hintergrund dafür war die Dominanz des Freisinns: Vier der fünf Bundesratssitze waren in

der Hand der FDP. Die Linken und die Konservativen erhofften sich durch die Direktwahl eine bessere Vertretung ihrer Parteien im Bundesrat. «Volkswahl durch Volkswahl», lautete ihre Parole.

Gegner der Initiative war die FDP. Die liberale Partei warnte, dass die Schweiz damit «ein gefährliches Experiment» eingeleite – ein Argument, das derzeit auch in Liechtenstein immer wieder zu hören ist. Bei der Volksabstimmung 1900 erreichte die Initiative lediglich einen Jastimmen-Anteil von 35 Prozent. Dies entsprach etwa dem gemeinsamen Wähleranteil der Katholisch-Konservativen und der Sozialdemokraten. Die Stimmbeteiligung für die Initiative betrug 58,8 Prozent, was für damalige Verhältnisse durchschnittlich war. «Die Stimmberechtigten waren von der Direktwahlidee nicht sonderlich elektrisiert», so Milic.

Regierungsperformance als entscheidendes Motiv

Einen zweiten Direktwahlversuch starteten die Sozialdemokraten rund vierzig Jahre später. Anlass war wiederum die Vertretung im Bundesrat. Die Sozialdemokraten stiegen bis zu den 1940er-Jahren zur wählerstärksten Partei der Schweiz auf. Aber ein Bundesratssitz

wurde ihnen weiterhin verwehrt. Auf die Unterstützung der Katholisch-Konservativen konnten die Sozialdemokraten dieses Mal aber nicht zählen: Vielmehr wurde in den katholischen Hochburgen die Initiative am vehementesten bekämpft. Im Januar 1942 folgte der Urnengang – und nur 32,4 Prozent der Stimmbürger sprachen sich für die Initiative aus. Der Anteil der Jastimmen entsprach dabei wiederum dem Wähleranteil der Sozialdemokraten. Und mit rund 62 Prozent wurde laut Milic eine Stimmbeteiligung erreicht, «die nicht schlecht war, aber auch nicht berauschend».

Weitere 70 Jahre später – im Juni 2013 – wurde das Schweizer Stimmvolk zum dritten und letzten Mal an die Urne gerufen, um über die Direktwahl des Bundesrates zu entscheiden. Lanciert wurde die Initiative dieses Mal aber nicht von der linken Seite des politischen Spektrums, sondern von der rechten: Die SVP war erbost darüber, dass ihr Patron Christoph Blocher 2007 als Bundesrat abgewählt wurde und seitdem die Partei nur mehr über einen Sitz im Gremium verfügte. Eine Volkswahl des Bundesrates sollte der SVP eine bessere Vertretung ermöglichen. Aber die Initiative scheiterte krachend: Nur 24 Prozent stimmten dafür. Und

mit 39,5 Prozent war die Stimmbeteiligung selbst für Schweizer Verhältnisse tief. Immerhin: Bei der Abstimmung 2013 wurde erstmals eine Auswertung durchgeführt, welche Motive für die Stimmenden bei der Direktwahlfrage ausschlaggebend waren. Und gemäss Milic geht daraus klar hervor, dass staatspolitische Fragen nicht entscheidend waren. Wichtiger war die Regierungsperformance: Wer mit der Regierung zufrieden war, stimmte eher gegen die Direktwahlinitiative.

Elkuch: «Wir möchten nicht in die Regierung»

Gemein war allen drei Initiativen, dass sie bei den Stimmbürgern nur auf mässiges Interesse stiessen. Und die Initiativen wurden stets von Parteien lanciert, die unzufrieden waren mit ihrer Vertretung in der Regierung.

Ob sich diese Punkte auch auf den Fall Liechtenstein übertragen lassen? Darüber herrschte Zweifel im versammelten Publikum. Der DpL-Abgeordnete Herbert Elkuch, der dem Vortrag beiwohnte, meinte etwa: Die Volkswahlinitiative seiner Partei sei nicht dadurch motiviert, dass die DpL nicht in der Regierung sitze. «Wir möchten nicht in die Regierung», hielt der DpL-Abgeordnete fest.